



DR. RATHENAU & KOLLEGEN

Rechtsanwaltskanzlei
Algarve · Portugal

Die portugiesische Verfassung

von Rechtsanwalt (DE) und Advogado (PT) *Dr. Alexander Rathenau*



Juli 2009

Den Autor erreichen Sie unter anwalt@rathenau.com

Von der Verfassung leiten sich sämtliche Rechtssätze des portugiesischen Rechtssystems ab. Sie bildet den Abschluss des Stufenbaus der Rechtsordnung. Alle Gesetzesregelungen müssen sich an ihr messen lassen, d.h. verfassungskonform sein. Rechtsanwalt Dr. Rathenau, der die portugiesische Verfassung in die deutsche Sprache übersetzt hat, macht sie mit wichtigen Verfassungsnormen vertraut.

Am 25. April 1974 kam es zum Sturz des faschistischen Regimes. Portugal von Diktatur, Unterdrückung und Kolonialismus zu befreien, bedeutete einen revolutionären Wandel und den Beginn einer historischen Wende für die portugiesische Gesellschaft. Die Revolution gab den Portugiesen die Grundrechte und Grundfreiheiten zurück, die in der Verfassung verankert sind. Mit diesen einführenden Worten beginnt der Verfassungstext der portugiesischen Republik. Die portugiesische Verfassung ist viel ausführlicher formuliert als z.B. das deutsche Grundgesetz. Während das Deutsche Grundgesetz „nur“ 146 Artikel hat, besitzt die portugiesische Verfassung 296 Artikel.

Die ersten Artikel der Verfassung sind grundsätzlicher Natur: Portugal ist eine souveräne Republik, die sich auf die Achtung der Menschenwürde und des Volkswillens gründet und deren Ziel die Errichtung einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft ist. Portugal ist ein demokratischer Rechtsstaat, der auf der Souveränität des Staatsvolks, der Meinungsvielfalt und der demokratischen politischen Organisation beruht, die Ausübung der Grundrechte und Grundfreiheiten respektiert und gewährleistet sowie dem Grundsatz der Gewaltenteilung und Gewaltenteilung verpflichtet ist. Die Grundaufgaben des Staates werden festgeschrieben, wie z.B. die Verteidigung der politischen Demokratie.

Die Allgemeine Wahl und die Existenz von politischen Parteien werden verfassungsrechtlich geschützt. Zu den allgemeinen Grundrechten gehört das Universalitäts- und Gleichheitsprinzip, wonach alle Bürger die gleichen Rechte genießen und den Pflichten unterliegen, die von der Verfassung festgelegt sind. Alle Bürger haben Anspruch auf dieselbe gesellschaftliche Achtung und sind vor dem Gesetz gleich. Von Bedeutung ist auch das Recht auf Zugang zum Recht. Jedem ist zur Verteidigung seiner legitimen Rechte und Interessen der Rechtsweg und der Zugang zu den Gerichten gewährleistet; eine Rechtsverweigerung aufgrund fehlender finanzieller Mittel ist unzulässig.

Die persönlichen Rechte, Freiheiten und Garantien, wie das Recht auf Leben und der Umgang mit persönlichen Daten werden im Kapitel II behandelt. Manche Rechte und Pflichten sind sehr breit ausgeführt und finden in den meistens anderen europäischen Länder-Verfassungen keine Entsprechung. Z.B. wird verfassungsrechtlich festgestellt, dass jeder für sich und für seine Familie das Recht auf eine angemessen große Wohnung hygienischer und komfortabler Beschaffenheit, die die persönliche Intimsphäre und das private Familienleben zu erhalten imstande ist, hat.

Im Teil II des Verfassungstextes wird die Wirtschaftsordnung behandelt und es folgen besondere Artikel zur Agrar-, Handels- und Industriepolitik. Das Finanz- und Steuerwesen wird ausführlich erörtert. Laut der Verfassung zielt das Steuersystem auf die Befriedigung des Finanzbedarfs des Staates und anderer öffentlicher Einrichtungen, sowie auf eine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung ab. Dem Staatshaushalt wird ein Abschnitt gewidmet.

Im Teil III wird die Organisation der Staatsgewalt beschrieben. Die Hoheitsorgane sind der Präsident der Republik, die Versammlung der Republik, die Regierung und die Gerichte. Die Zulässigkeit des Volksentscheides wird verfassungsrechtlich verankert. Der Präsident der Republik vertritt die Republik Portugal, garantiert ihre nationale Unabhängigkeit, die Einheit des Staates und das ordnungsgemäße Arbeiten der demokratischen Institutionen und ist kraft seines Amtes Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Die Versammlung der Republik ist die alle portugiesischen Staatsbürger repräsentierende Versammlung, der nach Maßgabe des Wahlgesetzes mindestens hundertachtzig und höchstens zweihundertdreißig Abgeordnete angehören. Die Legislaturperiode hat die Dauer von vier Sitzungsperioden. Die Regierung ist hingegen das zur Lenkung der allgemeinen Politik des Landes berufene Organ sowie oberstes Organ der öffentlichen Verwaltung. Die Regierung besteht aus dem Ministerpräsidenten, den Ministern, Staatssekretären und Unterstaatssekretären. Die Amtstätigkeit des Ministerpräsidenten beginnt mit seinem Amtsantritt und endet mit seiner Entlassung durch den Präsidenten der Republik. Danach folgt die Gerichtsverfassung.

Neben dem Verfassungsgericht bestehen folgende Gerichtszweige: a) der Oberste Gerichtshof und die erst- und zweitinstanzlichen rechtsprechenden Gerichte; b) das Oberste Verwaltungsgericht und die sonstigen Verwaltungs- und Finanzgerichte und c) der Rechnungshof. Ein gesondertes Kapitel widmet sich den autonomen Regionen (Azoren und Madeira), die eine andere politische und verwaltungsmäßige Ordnung als das Festland aufweisen. Anschließend wird die Selbstverwaltungshoheit der Gemeinde und Kreise sowie die Rechte der Bürger gegenüber der öffentlichen Verwaltung festgeschrieben. Die letzten Normen der Verfassung beziehen sich auf die nationale Verteidigung und die Sicherung und Revision der Verfassung.

Verfassungswidrig sind alle Rechtsnormen, die die Bestimmungen der Verfassung oder die in ihr verankerten Grundsätze verletzen. In der Praxis kam es in letzter Zeit vor, dass auf Antrag des Präsidenten der Republik das Verfassungsgericht vorbeugend die Verfassungsmäßigkeit von Bestimmungen überprüfte. Neben dem Präsidenten der Republik können der Ministerpräsident oder ein Fünftel der gesetzlichen Zahl der Abgeordneten der Versammlung der Republik bei dem Verfassungsgericht die vorbeugende Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzesbestimmungen beantragen. Auch ein Bürger der sich durch ein untergeordnetes Gesetz in seinen Rechten verletzt sieht, kann die verfassungsmäßige Überprüfung erreichen, insbesondere, wenn ein Gericht eine verfassungswidrige Norm anwendet. Abschließend sei noch vermerkt, dass das deutsche Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe in der ganzen Welt eine Vorbildfunktion ausübt und die Rechtsprechung anderer Verfassungsgericht stark beeinflusst.

Kontakt Daten der Kanzlei:

Dr. Rathenau und Kollegen
Kanzlei für Immobilien- und Steuerrecht
Rua António Crisógno dos Santos, 29, Bl. 3, Escr. B, D, E
8600-678 Lagos
Portugal
Tel: (00351) 282 780 270
Fax: (00351) 282 780 279
Web: www.anwalt-portugal.de
Email: anwalt@rathenau.com